

Die neue Umweltpolitik

Trotz des von Präsident Uribe geäußerten Interesses an ökologischen Themen ist die jüngste Umweltpolitik von der Logik der politischen Interessen und der Unternehmerinteressen geleitet.

Von Julio Carrizosa Umaña, Naturwissenschaftler

In den letzten vier Jahren ist die Grundlage einer neuen Umweltpolitik gelegt worden, welche sich durch einen geringeren Einfluss des Staates, der Wissenschaft und der Umweltbewegungen und eine grössere Macht der politischen und unternehmerischen Interessen auszeichnet. In den letzten Monaten hat das Ministerium für Umwelt, Wohnung und territoriale Entwicklung einen Prozess in Gang gesetzt, um diese neue Politik auch in den Gesetzen und der Administration zu verankern. So wurden die Gesetze über erneuerbare Ressourcen und den Umweltschutz modifiziert und die Abteilung für Ökosysteme im Umweltministerium wurde aufgehoben.

Im theoretischen Bereich scheint die neue Politik der ideologischen Ausrichtung des Utilitarismus und des ökonomisch-politischen Modells des Neoliberalismus zu folgen. Damit nähert sie sich den Positionen der Umweltpolitik von US-Präsident Bush an und entfernt sich von den jüngsten Erfahrungen in Kolumbien und anderen lateinamerikanischen Ländern. In dieser neuen Ausrichtung wird die Umwelt als eine Gesamtheit von natürlichen Ressourcen gesehen, die wirtschaftlich genutzt werden sollen und wodurch die Unternehmer zum mächtigsten Akteur werden. Das Konzept des Ökosystems verschwindet und die sog. „Befehls- und Kontrollinstrumente“ verlieren an Bedeutung, ebenso die Meinungen und der Druck von akademischen Kreisen, von indigenen Gemeinschaften, von Umwelt- und Basisorganisationen. So verschwinden die Heterogenität und der Pluralismus, welcher in den Gesetzen von 1974 und im Gesetz 99 von 1993 festgelegt worden waren und in denen alle Akteure und alle Instrumente mit ähnlichem Gewicht behandelt wurden. Dadurch wurden pragmatische Positionen vor ideologischen Haltungen begünstigt.

Die im Ministerium durchgeführten Schritte zeigen uns die Schwere dieses Kurswechsels auf. Während den ersten Regierungsmonaten von Uribe wurden die Regionalen Körperschaften unter Druck gesetzt, um Personal abzubauen. Dabei folgte man dem Konzept der Industrie nach der Maximierung der Produktivität der Arbeitenden und vergass, dass der Umweltschutz den persönlichen Kontakt des Beamten mit den tatsächlichen Problemen braucht. Soll eine effektive Arbeit geleistet werden, so ist diese personalintensiv. In den gleichen Monaten verankerte das Ministerium verschiedene Allianzen mit Unternehmerkreisen, so u.a. den Bergbau zur Gewinnung von Baumaterialien und versuchte komplexe Probleme mit zentralisierten technischen Instrumenten zu lösen. Dies führte zu überraschenden Fehlern, so z.B. zur Ausweitung der Bergbauzone in eine Umweltzone einer Gemeinde im Falle von Tabio, wo der Kiesabbau ähnliche Umweltschäden verursacht wie im Süden von Bogotá.

Das Ministerium fällt vor August 2006 einige Entscheide, welche den Empfehlungen der nationalen Umweltforschungsinstitute und der eigenen Beamten entgegen gesetzt waren. Es wird gemunkelt, dass der Weg, welcher zu diesen Entscheiden führte, weder korrekt noch transparent war, so z.B. bei den Entscheiden, welche zur Änderung der Verordnung über den Import von gefährlichen Abfällen und zur Bewilligung des Hafenausbaus von Dibulla führten. Das Hauptinteresse des Ministeriums für Umwelt, Wohnung und territoriale Entwicklung in den ersten Jahren der Regierungszeit von Uribe bestand in der Durchsetzung des Waldgesetzes (Ley Forestal) und in der Unterstützung zur Schaffung eines Wassergesetzes (Ley de Aguas). Mit diesen beiden Gesetzen wird die Umweltgesetzgebung von 1974 und des Gesetzes 99 von 1993 hinfällig. Beide Gesetze folgen einer Vision, welche die Umwelt

als eine Gesamtheit von natürlichen Ressourcen sieht und nicht als ein komplexes System. Durch diese Vision wird die Umwelt zu einer Ware, dies ganz im Sinne des neoliberalen Denkens.

Diese neuen Positionen werden von einigen Funktionären mit dem Argument verteidigt, dass es darum gehe, eine nachhaltige Entwicklung zu verfolgen, wie sie im Gesetz 99 von 1993 festgelegt worden sei. Zudem handle das Ministerium gemäss seinen neuen Strukturen, das ihm Funktionen in Bezug auf die territoriale Entwicklung, den Wohnungsbau und das Trinkwasser zuweist. Doch in allen Modellen der nachhaltigen Entwicklung sind ökologische und soziale Gesichtspunkte und der Interessenausgleich zwischen verschiedenen Kreisen grundlegende Punkte. Doch das Ministerium hat kein Interesse gezeigt, seine verschiedenen Abteilungen wirklich zu koordinieren, wie es im Fall der Besiedlung von Territorium möglich wäre. Es hat auch nie mit der notwendigen Kraft und rechtzeitig schweren Schädigungen des Ökosystems und deren Folgen auf ethnische Gemeinschaften präventiv entgegen gewirkt, so z.B. im Falle der Ölpalmlantagen auf afrokolumbianischem Territorium im Chocó.

Diese Tendenz wird im Dokument der Regierung und der Planungsabteilung – 2019 Vision Kolumbien 2. Jahrhundert - , welches als Leitlinie für die kommenden 13 Jahre gelten soll, noch verstärkt. Darin wird die Vision der Umwelt als eine Gesamtheit von erneuerbaren Ressourcen festgehalten und Politiken für deren wirtschaftliche Ausbeutung entworfen. Grenzen werden keine gesehen, d.h. die Grundpostulate der nachhaltigen Entwicklung werden in diesem Dokument schlicht vergessen. Vielmehr geht es darum, das Land und seine Rohstoffe und Güter möglichen ausländischen Investoren zu verkaufen, wobei ein falsches Bild über das Vorhandensein von „gigantischen und unerschlossenen Ressourcen“ im Meer, den Regenwäldern, im Boden und in den verschiedenen geologischen Formationen verbreitet wird. Verschiedene Studien kolumbianischer und ausländischer Wissenschaftler haben das Vorhandensein dieser gigantischen Vorkommen dementiert.

Eine ganzheitliche und komplexe Sicht unseres Territoriums als ein guter Ort zu leben und sich zu erholen verschwindet gegenüber der Besessenheit, grosse Geschäfte zu fördern, zu übertreiben, was man besitzt und Unvorsichtige mit der gleichen Rhetorik zu begeistern, mit welcher man während vieler Generationen die enormen geografischen und sozialen Schwierigkeiten versteckt hat. Wichtig für die Regierung ist es, sich an ihr Dogma zu halten, darauf zu beharren, dass Kolumbien nur ein weiter flacher Raum ist, auf dem sich die von Shumpeter im Jahr 1911 beschriebenen Prozesse zu vollziehen haben, egal welche ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Kosten durch diese scheiternden Megaprojekte verursacht werden.

Es ist offensichtlich, dass diese neue Ausrichtung exakt der herrschenden ideologischen Ausrichtung der Regierung Uribe folgt und es naiv wäre, etwas anderes zu erwarten. So haben auch in den von Uribe einberufenen sog. Gemeinschaftsräten vor allem Unternehmer und lokale Politiker das Sagen, während alle Minderheitenbewegungen, so die Indigenen, die Vertriebenen, die Umweltorganisationen und Gewerkschaften zu den Verlierern gehören. Dies alles, obwohl Uribe selber immer wieder sein Interesse an ökologischen und sozialen Themen betont.

Doch die Angst als naiv bezeichnet zu werden, darf die Verantwortung nicht verdrängen, die uns allen zukommt, aus der Opposition und aus dieser Minderheit heraus anzuklagen, dass die Umweltpolitik auf die armseligen und unvollkommenen Mechanismen des Marktes reduziert wird und dem altruistischen Willen der Unternehmer ausgeliefert wird.